

# Wahltag ist Zahhtag

Liebe Leserin, lieber Leser

Bereits zweimal haben die Stimmberechtigten im Verlauf dieses Jahres Bundesrat und Parlament eine Lektion erteilt. Mit Mogelpackungen, mögen sie noch so verführerisch daherkommen, lassen sich Herr und Frau Schweizer nicht ködern, mit millionenschweren Kampagnen nicht kaufen. Auch die kantonalen Ergebnisse des letzten Abstimmungswochenendes sprechen eine deutliche Sprache. Die Menschen hierzulande haben genug von Sozialabbau und immer neuen Privilegien für eine kleine reiche Oberschicht. Der neoliberale Umbau von Staat und Gesellschaft ist ins Stocken geraten. **Das weckt Hoffnungen, nicht zuletzt auch im Hinblick auf die kommenden Gesamterneuerungswahlen, für die sich die Linke viel vorgenommen hat. Wir streben nicht weniger an als eine rot-grüne Mehrheit sowohl in der Regierung wie im Grossen Rat.**

**Um diesen Anspruch zu unterstreichen, treten SP, Grüne und BastA! zu den Regierungsratswahlen bereits im ersten Wahlgang mit einer gemeinsamen Liste an.** Für BastA! bedeutet dies, dass wir im Interesse des gemeinsamen Projekts auf eine eigene Regierungsratskandidatur verzichten. Das heisst aber nicht, dass wir uns in der Wahlkampagne zurückhalten werden. Im Gegenteil! Auf der Grossratsliste «Grünes Bündnis – BastA! und Grüne» kandidieren viele engagierte BastA!-Mitglieder. Wir machen ernst mit der Forderung, durch gezielte Massnahmen den Frauenanteil im Parlament zu erhöhen: Auf unserer Liste kommen die Frauen zuerst! Wir werden alles daran setzen, im Grossen Rat neue Mehrheitsverhältnisse zu schaffen und unseren sozialen, ökologischen und feministischen Anliegen zum Durchbruch zu verhelfen.

Wahlkampagnen kosten Geld. Grüne und BastA! gehen von einem relativ bescheidenen Gesamtbudget von rund 60 000 Franken aus. Doch auch dieser Betrag belastet unsere Kasse enorm. Wir sind auf grosszügige Spenderinnen und Spender angewiesen. **Geben Sie dem rot-grünen Projekt eine Chance! Unterstützen Sie uns, indem Sie den beiliegenden Einzahlungsschein benützen! Wir freuen uns über jede Spende und danken es Ihnen mit engagierter, ehrlicher Politik.**

Brigitta Gerber,  
Grossrätin Grünes Bündnis



Brigitta Gerber

# BastA!

**Basels starke Alternative**

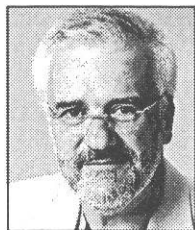
Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel  
Telefon: 061 691 16 31  
sekretariat@basta-bs.ch  
www.basta-bs.ch  
PC 40-31244-5

**BastA!, PC 40-31244-5**

# Das Sparpaket 2 trifft vor allem Frauen

„Sparen“ am falschen Ort

Am Abstimmungssonntag vom 16. Mai 2004 hat die Basler Bevölkerung der bürgerliche Politik des Kaputtsparens eine deutliche Absage erteilt. Alle Vorlagen, welche Abbau von staatlichen Leistungen zum Ziel hatten, wies der Souverän an den Absender zurück. Genau dies wird die Fraktion Grünes Bündnis auch im Zusammenhang mit dem Sparpaket 2 fordern: zurück an den Absender! Die Bankrotterklärung der Regierung ist total. Hat sie beim Sparpaket 1 noch einige wenige konstruktive Ideen entwickelt, wie z.B. die Reduktion von Behinderungen im öffentlichen Verkehr, fällt ihr jetzt nur Leistungsabbau ein.



Das Sparpaket 2 bringt erhebliche Sparmassnahmen im Bildungsbereich. Im Sozialbereich will die bürgerliche Regierungsmehrheit derart dreist Leistungen ab-

bauen, dass Regierungsrat Lewin nicht umhin konnte, sich leise von seinen bürgerlichen Kollegen zu distanzieren. Die Eintrittspreise der öffentlichen Bäder werden stark angehoben, ebenso wie die Preise im öffentlichen Verkehr, hier vor allem diejenigen für Betagte, Behinderte und Jugendliche.

Obwohl der Regierung bekannt und durch Studien belegt ist, dass bei Sparübungen solcher Art nachweislich vor allem Frauen betroffen sind, weigert sich die Regierung, diese Betrachtungsweise überhaupt in ihre Entscheidungsfindung einzubeziehen. Hier einige Beispiele für das geschlechtsspezifische Ungleichgewicht:

In Kindergärten und Volksschule die Klassen zu vergrössern, heisst im Wesentlichen, dass viele Kindergärtler und PrimarschülerInnen längere Schulwege haben. Vorwiegend Mütter haben die Folgen zu tragen. Sie müssen die Begleitung organisieren. Auch die Reduktion der kantonalen Beiträge an die Pflegeleistungen für behinderte Kinder trifft vor allem Mütter. Was der Bund in diesem Bereich mehr geben wollte, wird vom Kanton gleich wieder abgezwickelt.

Für uns besonders stossend ist die geplante Abschaffung der kantonalen Beihilfen. Es ist jetzt gut ein Jahr her, dass wir über die kantonalen Beihilfen abgestimmt haben. BastA! hatte damals gegen das neue Gesetz das Referendum ergriffen mit der Begründung, es handle sich um eine Abbauvorlage. Die Regierung hat in der Abstimmungskampagne demgegenüber betont, sie wolle die Beihilfen nicht abschaffen, sondern im Gegenteil sichern, und konnte mit dieser Argumentation einen Abstimmungserfolg verbuchen. Wer hat im Abstimmungskampf wohl gelogen? Drei Viertel aller Bezügerinnen und Bezüger von Beihilfen sind Frauen! Ähnlich verhält es sich

bei den Bezugsberechtigten von Ergänzungsleistungen. Die Abschaffung des Diätzuschlages ist daher ebenfalls eine Massnahme, welche überwiegend Frauen betrifft.

Auch von den Kürzungen, die bei der Sozialhilfe vorgesehen sind, sind überdurchschnittlich häufig Frauen betroffen. Hier will die Basler Regierung sogar die von der SKOS vorgeschlagenen Ansätze unterbieten!

Die linearen Lohnkürzungen bei allen Staatsangestellten machen sich in den untersten Lohnkategorien am empfindlichsten bemerkbar - und wieder trifft es vor allem Frauen, deren Anteil in den unteren Lohnkategorien über 60% beträgt.

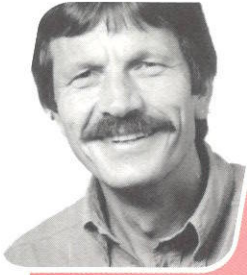
Diese Aufzählung ist nicht vollständig. Sie macht aber deutlich, dass das jetzt geschnürte Sparpaket Frauen massiv benachteiligt und letztlich nur dazu führt, weitere

Schichten in die Armut zu treiben, was sofort wieder mehr Sozialkosten nach sich zieht.

Die Fraktion Grünes Bündnis hat bereits im Zusammenhang mit dem 1. Sparpaket Alternativen aufgezeigt, wo Kosten reduziert werden könnten, ohne Leistungen abzubauen, etwa im Informatikbereich. Über die Ursachen der Defizite im Kanton Baselstadt haben wir uns ebenfalls bereits früher geäussert. Sie gehen im Wesentlichen auf die bürgerliche „Politik der leeren Kassen“ zurück: Steuergeschenke an die Reichen, um anschliessend mit Blick auf die Defizite Leistungsabbau zu fordern. So ganz nebenbei: Im Jahr 2003 schliesst der Kanton - trotz intensivster Bemühungen, über Rückstellungen die Rechnung zu verschlechtern - mit einem Defizit von nur 3 Millionen Franken ab!

Urs Müller





## Zehn Jahre widerständige Politik

Ueli Mäder

Liebe Leute

Im Juni 1995 diskutierten zwei hundert politische Alternative in der Kuppel darüber, wie sich das widerständige Potenzial wirksam entfalten liesse. Aus der Debatte entstand BastA!. Im Wortlaut: Basels starke Alternative. Oder anders gesagt: es reicht! Was ist daraus geworden?

1996 bildete BastA! mit den Grünen eine gemeinsame Liste bei den Grossratswahlen und schaffte den Sprung ins Parlament. 1998 verhinderte BastA! mit Organisationen von Betagten und Behinderten zusammen die Abschaffung der kantonalen Beihilfen. 1998 ergriff BastA! eine Initiative für eine Entlassungssteuer. Unternehmen, die ihre Produktion rationalisieren und Leute entlassen, sollten ein halbes Prozent der Gewinnsteigerung der öffentlichen Hand abgeben. 2001 lehnten die Stimmenden diese Initiative ab, die heute neu lanciert werden müsste. 2002 unterstützte BastA! in der Zentralwäscherei den Streik der Arbeitnehmenden, die so ihre Arbeitssituation verbessern konnten. 2003 versuchte BastA! den Abbau der kantonalen Beihilfen zu verhindern.

2004 trat BastA! der Grünen Partei Schweiz bei und beteiligte sich als «Grünes Bündnis» an den kantonalen Erneuerungswahlen. Guy Morin wurde als Regierungsrat gewählt. Im Grossen Rat gewann das Bündnis vier zusätzliche Sitze. Die SP legte ebenfalls zu. So ergab sich eine links-grüne Mehrheit in der Regierung. Der Verfassungsrat wurde zwischenzeitlich auch von einer BastA!-Vertreterin, Irene Amstutz, präsidiert. Die Idee eines rot-grünen Bündnisses bestand zwar schon vor zehn Jahren, fand aber damals keine Mehrheit. Einzelne wollten BastA! als sozialistische Partei aufbauen, andere engagierten sich für einen eher losen Zusammenschluss sozial und ökologisch Engagierter. Eine Gemeinsamkeit drückte die Formel «BastA!» aus. Im Sinn von: es reicht! Vor allem mit der Zunahme sozialer Ungleichheit.

BastA! vereinte vor zehn Jahren politische Alternative, die sich vornahmen, gemeinsam sozial, ökologisch und feministisch zu politisieren und weniger über das zu stolpern, was ideologisch trennt. Dieses Ziel liess sich erreichen. Grosse Zustimmung fand das erste Referendum gegen den Abbau der kantonalen Beihilfen. Das Engagement für sozial Benachteiligte dokumentierte, was eine widerständig konstruktive Politik ausmacht. Die spätere Initiative für eine Entlassungssteuer hätte heute vermutlich mehr Chancen. Die Kluft bei den Löhnen und Vermögen ist transparenter geworden. Wenn Managerlöhne weiter ansteigen und Jugendliche keine Lehrstelle finden, mehrten sich die Stimmen, die sagen: es reicht!

Ob die wieder stärker artikulierte Empörung zum sozialen Handeln führt, ist ungewiss. Die Empörung lässt sich auch neopopulistisch vereinnahmen. Wer verunsichert ist, läuft Gefahr, Halt in autoritären Strukturen zu suchen und zu simplifizieren, statt zu differenzieren. Die zunehmende Kluft der Einkommen und Vermögen beinhaltet jedenfalls soziale Brisanz. Sie gefährdet den sozialen Zusammenhalt. Wichtig sind existenzsichernde Einkommen und eine gute soziale Infrastruktur. BastA! setzt sich widerständig und konstruktiv für einen sozialen Ausgleich ein.

BastA! engagiert sich für soziale, ökologische und feministische Anliegen. Dazu braucht es auch unsere finanzielle Unterstützung.

Mit guten Wünschen  
Ueli Mäder

## Damit Basel ...

... nicht die Luft ausgeht  
Frauen Platz macht  
offen bleibt  
SOZIAL gross schreibt  
beweglich bleibt  
auf Kyoto hört  
saubere Energie fördert  
nicht im Stau erstickt  
eine Velostadt bleibt  
die Schwachen stärkt  
Alter vor Sorge kennt  
Rentenklausur verhindert  
günstige Wohnräume baut  
weiss, was Service public ist  
gute Arbeitsplätze fördert  
zu den BVB Sorge trägt  
KMUs unterstützt  
auf Partnerschaft setzt  
allen Bildung bietet  
den Jungen Perspektiven zeigt  
Halt zur Gewalt sagt  
MigrantInnen eine Stimme gibt

und damit ...

Gesundheit kein Luxus wird  
Frauen ans Ruder kommen  
Kinder Basel mögen  
Mütter Krippen finden  
Armut nicht zur Falle wird  
Arbeit bekommt, wer Arbeit will  
eine Krankenkasse alle versichert  
die Basler Uni keine AG wird  
Forschung den Menschen dient  
Stammzellen ihre Ruhe haben  
uns die Post nicht abgeht  
Kultur nicht elitär sein muss  
Arbeit nicht krank macht  
«working poor» ein  
Unwort bleibt  
auch Reiche Steuern zahlen  
SpekulantInnen an Boden verlieren  
eine andere Welt möglich wird



**10 Jahre BastA!**  
Basels starke Alternative

# Wir legen einen Zacken zu

FrAktion

Einer der sieben Schwerpunkte, die unter dem Titel „Das rot-grüne Basel in vier Jahren,“ im Frühling den Medien vorgestellt worden sind, ist unter dem Begriff „Leaderposition im Energiebereich“ folgendermassen zusammengefasst: „Der Anteil erneuerbarer Energien wird weiter erhöht. Mit besseren Anreizen für Investitionen im Energiesparbereich und in erneuerbaren Energien werden Arbeitsplätze geschaffen“. Die SP und die Fraktion Grünes Bündnis haben diese Zielvorgabe jetzt konkretisiert.



Am 30. Juni 2005 haben BastA!, Grüne Partei und SP an einer gemeinsamen Medienorientierung die neue Energiepolitik vorgestellt: „Unterwegs zur Vollversorgung mit erneuerbaren Energi-

en“. Wir haben in Basel-Stadt und Baselland Atomschutzgesetze, welche die Regierungen zum Widerstand gegen AKWs verpflichten. Die Basler Energiepolitik – dank Lenkungsabgabe und Förderabgabe heute schon Spitze – wird nochmals neu ausgerichtet nach dem Motto „Wir legen einen Zacken zu“. Im Grossen Rat wurden 10 Vorstösse – auch mit Unterschriften bürgerlicher ParlamentarierInnen – eingereicht. In der Sitzung des Grossen Rates vom 20. Oktober 2005 wurden alle Motionen und Anträge meist mit grossem Mehr überwiesen. Ein erster Pfeiler rot-grüner Politik wurde erfolgreich eingeschlagen!

Die einzelnen Vorstösse sind im Folgenden kurz zusammengefasst.

1. Motion zur Förderung energieeffizienter Investitionen: Durch eine Ergänzung des Energiegesetzes sollen die Verbraucherinnen und Verbraucher von Elektrizität und Wärme im Kanton Basel-Stadt eingeladen werden, bei Gebäuden, Geräten und Anlagen modernste Energietechnik einzusetzen.

2. Motion betreffend gänzlich atomstromfreie Beschaffungen der Industriellen Werke Basel (IWB): Der Kanton Basel-Stadt verfügt über ein breites Portfolio an eigenen Kraftwerken mit vorwiegend erneuerbaren Energien, die einen Grossteil der Strombeschaffung der Industriellen Werke Basel (IWB) abdecken. Im Jahre 2003 stammte der Strombezug zu 85% aus Wasserkraft, zu 2,5% aus Wärme-Kraft-Kopplungsanlagen, zu 0,1% aus Solarstrom und zu 0,03% aus Windenergie. 13% des Stroms stammten aus Fremdbezug, dessen Herkunft nicht spezifiziert ist. Die Motion verlangt, dass die Strombeschaffung der IWB innert maximal dreier Jahre ausschliesslich aus erneuerbaren Energien oder Wärme-Kraft-Kopplung stammt.

3. Motion zur gesetzlichen Verankerung des Minergie-Standards: Der Vorstoss verlangt für Neubauten und bewilligungspflichtige Umbauten von Immobilien und Anlagen der öffentlichen Hand den Minergie-Standard. Minergie ist ein Qualitätslabel für neue und sanierte Gebäude, die gegenüber den bestehenden gesetzlichen Vorschriften erhöhte Anforderungen bezüglich des effizienten Energieeinsatzes erfüllen. Der

Energieverbrauch von Minergie-Häusern liegt rund Zweidrittel unter demjenigen üblicher Bauten.

4. Anzug betreffend Diversifikation der Basler Strombeschaffung Richtung Windenergie: Es sollen Beteiligungen oder langfristige Bezugsrechte an Windkraftwerken im In- und Ausland erworben werden, um damit ca. 5% des Basler Energiebedarfs abzudecken.

5. Anzug betreffend Energiepolitik in Zeiten steigender Öl- und Gaspreise: Es soll geprüft werden, ob die Verordnung zum Energiegesetz revidiert werden muss, damit ein Maximum an Energieeinsparung und Technologieförderung erwirkt werden kann und innovative Produkte mit verbesserten Eigenschaften, zum Beispiel im Bereich der Solartechnik, verstärkt gefördert werden können.

6. Anzug betreffend Nutzungsbonus für Minergie- und Passivhäuser von Privaten: Der Anzug verlangt von der Regierung, dass die Erstellung von neuen Immobilien, die den Standard Minergie erfüllen, durch einen Nutzungsbonus von 15% beziehungsweise 10% nach Bau- und Planungsrecht gefördert wird.

7. Anzug betreffend Revision der IWB-Gewinnablieferung: Der Kanton ist angemessen an den steigenden Erträgen aus dem Stromhandel zu beteiligen. Die Gesetze über die Gewinnablieferung der IWB an den Kanton sollen entsprechend revidiert werden.

8. Anzug betreffend angemessenes Marketing von IWB-Strom: Die saubere Strombeschaffung soll zu einem Marketinginstrument ausgebaut werden. Zusätzlich zur Politik der Beschaffung aus erneuerbaren Energien sollen jene Ange-

bote weitergeführt und ausgebaut werden, die es interessierten Kunden ermöglichen, qualifizierten Ökostrom zu beziehen, etwa durch den Kauf von Solarstrom oder Label-Strom.

9. Anzug betreffend Eigentümerstrategie für Kraftwerksbeteiligungen: Basel versorgt sich praktisch ausschliesslich mit erneuerbaren Energien und Wärme-Kraft-Kopplung und besitzt ausgebaute Beteiligungen an Laufwasserkraftwerken und Speicherwerken. Der Anzug verlangt, dass eine Eigentümerstrategie des Kantons vorgelegt wird.

10. Anzug betreffend Verzicht auf die Erhöhung der Staumauer der Grimsel-Kraftwerke.

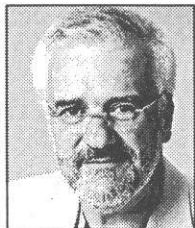
Michael Wüthrich



# Das Sparpaket 2 trifft vor allem Frauen

„Sparen“ am falschen Ort

Am Abstimmungssonntag vom 16. Mai 2004 hat die Basler Bevölkerung der bürgerliche Politik des Kaputtsparens eine deutliche Absage erteilt. Alle Vorlagen, welche Abbau von staatlichen Leistungen zum Ziel hatten, wies der Souverän an den Absender zurück. Genau dies wird die Fraktion Grünes Bündnis auch im Zusammenhang mit dem Sparpaket 2 fordern: zurück an den Absender! Die Bankrotterklärung der Regierung ist total. Hat sie beim Sparpaket 1 noch einige wenige konstruktive Ideen entwickelt, wie z.B. die Reduktion von Behinderungen im öffentlichen Verkehr, fällt ihr jetzt nur Leistungsabbau ein.



Das Sparpaket 2 bringt erhebliche Sparmassnahmen im Bildungsbereich. Im Sozialbereich will die bürgerliche Regierungsmehrheit derart dreist Leistungen abbauen, dass Regie-

rungsrat Lewin nicht umhin konnte, sich leise von seinen bürgerlichen Kollegen zu distanzieren. Die Eintrittspreise der öffentlichen Bäder werden stark angehoben, ebenso wie die Preise im öffentlichen Verkehr, hier vor allem diejenigen für Betagte, Behinderte und Jugendliche.

Obwohl der Regierung bekannt und durch Studien belegt ist, dass bei Sparübungen solcher Art nachweislich vor allem Frauen betroffen sind, weigert sich die Regierung, diese Betrachtungsweise überhaupt in ihre Entscheidungsfindung einzubeziehen. Hier einige Beispiele für das geschlechtsspezifische Ungleichgewicht:

In Kindergärten und Volksschule die Klassen zu vergrössern, heisst im Wesentlichen, dass viele Kindergärtler und PrimarschülerInnen längere Schulwege haben. Vorwiegend Mütter haben die Folgen zu tragen. Sie müssen die Begleitung organisieren. Auch die Reduktion der kantonalen Beiträge an die Pflegeleistungen für behinderte Kinder trifft vor allem Mütter. Was der Bund in diesem Bereich mehr geben wollte, wird vom Kanton gleich wieder abgezwickelt.

Für uns besonders stossend ist die geplante Abschaffung der kantonalen Beihilfen. Es ist jetzt gut ein Jahr her, dass wir über die kantonalen Beihilfen abgestimmt haben. BastA! hatte damals gegen das neue Gesetz das Referendum ergriffen mit der Begründung, es handle sich um eine Abbauvorlage. Die Regierung hat in der Abstimmungskampagne demgegenüber betont, sie wolle die Beihilfen nicht abschaffen, sondern im Gegenteil sichern, und konnte mit dieser Argumentation einen Abstimmungserfolg verbuchen. Wer hat im Abstimmungskampf wohl gelogen? Drei Viertel aller Bezügerinnen und Bezüger von Beihilfen sind Frauen! Ähnlich verhält es sich

bei den Bezugsberechtigten von Ergänzungsleistungen. Die Abschaffung des Diätzuschlages ist daher ebenfalls eine Massnahme, welche überwiegend Frauen betrifft.

Auch von den Kürzungen, die bei der Sozialhilfe vorgesehen sind, sind überdurchschnittlich häufig Frauen betroffen. Hier will die Basler Regierung sogar die von der SKOS vorgeschlagenen Ansätze unterbieten!

Die linearen Lohnkürzungen bei allen Staatsangestellten machen sich in den untersten Lohnkategorien am empfindlichsten bemerkbar - und wieder trifft es vor allem Frauen, deren Anteil in den unteren Lohnkategorien über 60% beträgt.

Diese Aufzählung ist nicht vollständig. Sie macht aber deutlich, dass das jetzt geschürte Sparpaket Frauen massiv benachteiligt und letztlich nur dazu führt, weitere

Schichten in die Armut zu treiben, was sofort wieder mehr Sozialkosten nach sich zieht.

Die Fraktion Grünes Bündnis hat bereits im Zusammenhang mit dem 1. Sparpaket Alternativen aufgezeigt, wo Kosten reduziert werden könnten, ohne Leistungen abzubauen, etwa im Informatikbereich. Über die Ursachen der Defizite im Kanton Baselstadt haben wir uns ebenfalls bereits früher geäussert. Sie gehen im Wesentlichen auf die bürgerliche „Politik der leeren Kassen“ zurück: Steuergeschenke an die Reichen, um anschliessend mit Blick auf die Defizite Leistungsabbau zu fordern. So ganz nebenbei: Im Jahr 2003 schliesst der Kanton - trotz intensivster Bemühungen, über Rückstellungen die Rechnung zu verschlechtern - mit einem Defizit von nur 3 Millionen Franken ab!

Urs Müller



Vier politisch erfahrene Frauen vertreten seit Neuem unsere Gruppierung im Grossen Rat. Sie unterscheiden sich in ihrem Werdegang: Während Ariane Gscheidle und Karin Haerberli-Leugger bei der Frauenliste politisierten, kommt Beatrice Alder aus der Sozialdemokratie. Margrith von Felten schliesslich hat Erfahrung in beiden Gruppierungen. Gemeinsam ist ihnen ihre neue Mitgliedschaft bei BastA! – Martin Brunner wollte für das Bulletin mehr über unsere neuen Vertreterinnen erfahren.

**Bulletin:** Was ist für Dich neu, was verändert sich für Dich als BastA!-Mitglied im Grossen Rat?

**Karin:** Ich bin erst in den GR nachgerückt, nachdem die Frauenliste bereits aufgelöst war. Als BastA!-Mitglied fühle ich mich nun voll integriert in die Fraktion und Vertreterin einer Basis. Mit meinem Beitritt zur BastA! hat sich das Ungleichgewicht zwischen Grünen und BastA! vergrössert, was in mir einige Gewissensbisse hervorrief. Ich fühle mich aber bei der BastA! zu Hause, weil auf Gleichstellungsanliegen konsequent – besonders auch von den Männern – beharrt wird (Beispiel Listengestaltung). Ich vermute, dass ich als BastA!-Grossrätin als „linker“ angeschaut werde, denn als Frauenliste-Grossrätin. Dies könnte für mich beruflich Folgen haben, je nach Situation negative oder positive.

**Ariane:** Trotz der Erfolgsjahre der Frauenliste, wurde mir in den letzten Jahren

klar, dass der Zeitgeist sich verändert hat und der Politstil der Frauenliste – 100% Frauenquote – heute nicht mehr ankommt. Ich werde mich als Mitglied von BastA! jedoch für die gleichen Inhalte und politischen Ziele einsetzen wie als Mitglied der Frauenliste. Was sich geändert hat, ist die engere Zusammenarbeit mit Männern.

**Beatrice:** Mich hat seinerzeit ein „grünes“ Schockerlebnis zur Politik geführt. Vor vielen Jahren musste ich hilflos mitansehen, wie wunderschöne Kastanienbäume Garageneinfahrten geopfert werden sollten. Ich habe damals begriffen, dass ich als Einzelne gar nichts dagegen machen konnte. Nach einigen politischen Umwegen und „Lehrblätzen“ bin ich dann vor 30 Jahren bei der SP gelandet. Aber auch da fühlte ich mich je länger je mehr fehl am Platz. Jetzt bei der Fraktion Grünes Bündnis habe ich das Gefühl, lustvoll und mit Herz und Verstand politisieren zu können, was mir ein grosses Gefühl der Befreiung gibt.

**Margrith:** Ohne Rückhalt in einer aktiven Parteistruktur macht Parlamentsarbeit wenig Sinn. Seit ich bei BastA! bin, habe ich wieder neuen Schwung. BastA! setzt feministische, soziale und ökologische Politik glaubwürdig um. Ich arbeite gerne mit Leuten zusammen, die über Fachwissen verfügen, die mit dem Polithandwerk vertraut sind, und die den theoretischen und historischen Hintergrund politischen Handelns kennen.

**Bulletin:** Welche Akzente und Schwerpunkte setzt Du in Deiner neuen Funktion?

**Karin:** Zum einen Chancengleichheit und rechtliche Gleichstellung zwischen Frauen und Männern in allen Lebensbereichen: dies bedeutet z.B., dass ich genau auf die Auswirkungen der Sparmassnahmen auf die Geschlechter ein Auge halte. Kürzungen in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Sozialversicherungen (Sozialhilfe) gehen v.a. zu Lasten der Frauen. Zum



**Karin Haerberli-Leugger (1957)**

Karin ist durch die Arbeit im Flüchtlingsdienst des Schweizerischen Arbeiterhilfswerks von 1988 – 1999 und durch die Mitgliedschaft bei den Frauen für den Frieden politisiert worden. Seit 1996 ist sie Mitglied des Frauenrates Basel-Stadt, Fachgruppe „Innere und äussere Sicherheit“. Von 1998 – 2001 war Karin Co-Präsidentin des Frauenrates. Sie war Mitglied der Frauenliste und kandidierte im Herbst 2000 für den Grossen Rat. Seit Mitte der 90er Jahre ist sie Mitglied des VPOD und seit Februar 2000 Co-Leiterin von Halt-Gewalt.



**Margrith von Felten (1944)**

Margrith ist Juristin beim Kanton Basel-Stadt. Sie ist Mutter zweier erwachsener Töchter und hat zwei Enkelkinder. Seit 30 Jahren ist Margrithin der Frauen- und Friedensbewegung aktiv, seit 16 Jahren auch als Parlamentarierin. Sie ist MieterInnenvertreterin an der Schlichtungsstelle für Mietstreitigkeiten, Co-Präsidentin der Vereinigung für Frauenrechte Basel und in den Vorständen des Mieterinnen- und Mieterverbands Basel-Stadt, des Basler Appells gegen Gentechnologie und der Anlaufstelle für Sans-Papiers Basel aktiv.



**Beatrice Alder (1940)**

Beatrice ist von Beruf Buchhändlerin und war lange Zeit Inhaberin der Buchhandlung „Narrenschaft“. Sie ist Mutter zweier erwachsener Töchter und eines Sohns. Seit rund 30 Jahren – mit einem Unterbruch – politisiert sie im Grossen Rat, lange Zeit für die SP, jetzt in der Fraktion Grünes Bündnis. Im Jahre 1988 war Beatrice sozialdemokratische Regierungsratskandidatin. Neben vielen andern ehrenamtlichen Tätigkeitsfeldern ist sie aktives Mitglied der Grauen Panther und engagiert in der Arbeit für Psychischkranke.